

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur
Paul Göttsche
Druck u. Verlag: Auer-Druck-
u. Verlagsanstalt Göttsche & Co.
Auer, Erzgebirge
Kriegsplatz 10
Telefon 100

Abonnement: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.00 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.00 Mk. Der Postbehalt und selbst abgeholt vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Erhältlich täglich in den Buchhandlungen mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Ferner in den Buchhandlungen und Ausgabestellen, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebenspalten des Tagesblattes haben den Namen für Anzeigen und für den Rest der Woche 70 Pfg., die Nebenspalten des Anzeigers für Auer und den Rest der Woche 50 Pfg., für den Rest der Woche 30 Pfg. Die Anzeigenpreise sind für die ersten 10 Zeilen im Tag und für die übrigen 10 Zeilen im Anzeiger. Die Anzeigenpreise sind für die ersten 10 Zeilen im Tag und für die übrigen 10 Zeilen im Anzeiger. Die Anzeigenpreise sind für die ersten 10 Zeilen im Tag und für die übrigen 10 Zeilen im Anzeiger.

№. 154

Mittwoch, den 7. Juli 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Der Steuerabzug vom Lohn wird durch Aufsätze zu Paragraph 45 des Reichseinkommensteuergesetzes wörtlich gemildert.

Der Reichstag ist wegen der Unversenheit der meisten Reichsminister in Spa auf unbestimmte Zeit vertagt.

Der zweite Sitzungstag der Konferenz in Spa machte in der Frage der Entwaffnung Deutschlands eine Einigung.

Die sächsische Volkstammer beschloß, die Reaktierung zu veranlassen, die Bezeichnung Amtsblatt für die bisherigen Amtsblätter abzuschaffen.

Die Verhandlungen in Spa.

Deutsche Zugeständnisse?

Wie Außenminister Simons erklärt, darf man annehmen, daß auf der Gegenseite ernstlich die Absicht besteht, in sachliche Verhandlungen einzutreten, und daß die Alliierten deshalb zunächst die militärischen Schwierigkeiten aus der Welt schaffen wollen. Die Bereitwilligkeit der Alliierten in anderen Fragen wird offenbar von der Erledigung der militärischen Probleme abhängig gemacht. Die führenden deutschen Persönlichkeiten sind denn auch entschlossen, soweit es die Verhältnisse gestatten, in der militärischen Frage Zugeständnisse zu machen. Das ganze Problem wird an zuständiger Stelle als ernst, aber nicht hoffnungslos betrachtet. Es wird sich darum handeln, statt der gegenwärtigen militärischen Form irgendeine andere Methode für den Schutz des deutschen Wirtschaftslebens zu finden. Die Entschädigungsfrage wird von der Konferenz wahrscheinlich nur in Form dringender Vorschläge besprochen werden, wenn bereits am Donnerstag der vierte Punkt, nämlich die Bestrafung der Schuldigen, zur Beratung gelangen soll.

Echo de Paris meldet: Die Teilzugeständnisse der Deutschen in Spa haben Sonderberatungen der Alliierten notwendig gemacht. Sowohl am Montag als auch am Dienstag fanden Besprechungen zwischen Lloyd George, Millerand und de la Croix nach Schluß der offiziellen Sitzung statt. Es verlautet, daß die bisherigen Zugeständnisse der Deutschen in ihrer bisherigen Form noch nicht genügend sind.

Das meldet: Die Mitglieder des Obersten Kriegsrates sind am Dienstag nach Spa berufen worden. Am Mittwoch findet eine Sitzung des Kriegsrates statt, die zu den besonderen Anträgen der Deutschen Stellung zu nehmen hat.

Minister Ghesler und General von Eschli eingetroffen. Reichswehrminister Dr. Ghesler und General von Eschli sind gestern nachmittag 2 Uhr, im Auto von Aachen kommend, im Hotel Annette et Rubine eingetroffen. Sie begaben sich sofort zur Besprechung in die Villa des Reichskanzlers.

Weitere Sachverständige nach Spa.

Die in Berlin zurückgebliebenen Mitglieder des deutschen Handels und der Industrie reifen am Donnerstag nach Spa; durch den Reichskanzler sind 9 Sachverständige nach Spa berufen worden.

Deutschland verlangt künftige Vertretung.

Nach einer Meldung des Bückener Anzeigers aus Spa befindet sich unter den Anträgen der Deutschen das Verlangen nach künftiger Repräsentation deutscher Vertreter zu den Beschlüssen der Alliierten über die Auslegung des Versailler Vertrages.

Die endgültige Festschließung des Schadenersatzes.

In einer Zusammenkunft des belgischen Ministeriums teilte de la Croix mit, daß Belgien nach den letzten endgültigen Vereinbarungen 8 v. H. des deutschen Schadenersatzes erhalten werde, und zwar 27 Milliarden Goldfranken innerhalb 42 Jahren. Insgesamt soll Deutschland 42 Jahreszahlungen von je 3 Milliarden Goldfranken leisten. Das würden also 126 Milliarden Goldfranken sein. Mit allen anderen Zahlungen rechnet man eine Gesamtsumme von 269 Milliarden Goldfranken als Entschädigung heraus. Im letzten Augenblick ist angeblich eine Milderung der Regelung getroffen worden. Denn ursprünglich sollten erhalten: Frankreich 57/110, England 25/110, Italien 11/110, Belgien 6/110, Serbien 5/110, Japan, Rumänien, Portugal und Griechenland zusammen 5/110. Diese Vereinbarung ist jetzt angeblich dahin geändert worden, daß Frankreich 52, Großbritannien 21 1/2, Italien 9 1/2, Belgien 8, Serbien 5 und die anderen 4 Alliierten je 3 1/2/110 erhalten. Belgien wird außerdem eine Herabsetzung seiner Schulden um 250 Millionen Pfund zuerkannt.

Stimmen für Herabsetzung der Entschädigung.

Die Zeitung Oberber bestmörtet eine Herabsetzung der Entschädigungssumme, die Deutschland zu zahlen haben soll und meint, die äußerste Dauer des Abzahlungsstermins solle 10 Jahre betragen. Innerhalb dieser 10 Jahre könnten die Alliierten er-

halten, was sie wollten, aber alles was sie später erhalten wollten, erscheine fraglich. Die Abfärgung des Zahlungsstermins würde auch für den Weltfrieden eine wichtige Bedeutung haben. Der endgültige Ausweg könne nur darin gefunden werden, daß eine neue Friedenskonferenz, auf der auch Deutschland, die Vereinigten Staaten und Rußland vertreten seien, die Umänderung des Versailler Abkommens in die Hand nehme.

Empfang der deutschen Pressevertreter beim Reichskanzler in Spa.

Beim gestrigen Empfang der deutschen Pressevertreter beim Reichskanzler Fehrenbach in Spa erinnerte der Kanzler in Beurteilung der gesamten politischen Lage an seine beiden Reichstagsreden und hob ausdrücklich den Beschluß der Regierung hervor, keine unerfüllbaren Verpflichtungen zu übernehmen. Er wies darauf hin, wie abhängig die deutsche Leistungsfähigkeit von der Ruhe im Innern sei, und wie diese wiederum bessere Ernährungs- und mehr Arbeitsmöglichkeiten zur Voraussetzung habe. Demgegenüber betonte er als erste Forderung Deutschlands das Herbeischaffen von Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Die deutsche Abordnung wolle den Alliierten die Lage ungeschönt darlegen. Ueber die Aussichten der Verhandlungen in Spa könne man vorläufig nichts sagen.

Ueber Danzig wird nicht verhandelt.

Von zuständiger deutscher Seite wird mitgeteilt: Bei der gestrigen ersten Sitzung der Konferenz in Spa war als letzter Programmpunkt die Danziger Frage aufgestellt worden. Die deutsche Delegation hatte dagegen keinen Einspruch erhoben, da angenommen werden konnte, daß in Verbindung damit sämtliche schwebenden Fragen erörtert werden sollten. Da es sich um ein Mißverständnis handelte, ist die Danziger Frage wieder von der Tagesordnung abgesetzt worden, und die bereits hergebetenen Sachverständigen werden ihre Reise nach Spa nicht antreten.

Pariser Pressestimmen zur Spa-Konferenz.

Eine wichtige Mitteilung aus zuverlässiger Quelle gibt Echo de Paris wieder. Der deutsche Reichsminister des Innern Dr. Simons habe gestern einer hohen Persönlichkeit der Alliierten erklärt, die deutschen Vertreter in Spa hätten endgültige Vorschläge für die Lösung der Wirtschaftsraten mitgebracht, deren Inhalt sei, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages ausgeführt und Entschädigungen gezahlt werden sollen, was aber den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Alliierten voraussetze. Nach der Behandlung der Frage der Württemberg der sogenannten Kriegsverbrecher am Donnerstag sollen am Freitag die Entschädigungs- und Kolonialfragen folgen. Die Taktik der deutschen Vertreter wird dem Echo de Paris zufolge darin bestehen, die Einsetzung einer Kommission zu beantragen, um so allmählich eine dauernde Teilnahme Deutschlands an den Beratungen des Obersten Rates der Alliierten durchzuführen. Im ganzen hat man den Eindruck, daß die beunruhigenden Gerüchte über die Lage der Polen die Alliierten in Spa mehr beschäftigt haben, als die Besprechung mit den deutschen Vertretern. Zwischen Millerand, Lloyd George und den Grafen Sjorga fanden eingehende Beratungen über die Lage in Polen statt.

Dr. Simons über das Aufbauprogramm.

Der Außenminister Dr. Simons äußerte nach der ersten Sitzung den deutschen Pressevertretern gegenüber: Wenn in Spa keine Grundlagen zur Verständigung gefunden werden, müsse man mit der Beschleunigung Europas rechnen. Der Minister war der Ansicht, daß vor allem die zerstörten Gebiete Frankreichs, diese offene Wunde am Rande Europas, wieder aufgebaut werden müßten. Auf die Frage, ob ein technisches Aufbauprogramm vorhanden wäre, sagte der Minister, daß er sich sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt habe und in der Lage sei, Vorschläge zu machen, aber Deutschland müsse die französische Anfrage abwarten. Es sei heikel und könne leicht falsch aufgefaßt werden, wenn Deutschland von sich aus ein solches Programm entwickle. Nach meiner Kenntnis besteht bei einem Teil der französischen Delegation die Weigerung, sich über ein solches Programm erster auseinanderzusetzen. Zweifellos gibt es aber einflussreiche Kreise in Frankreich, die diese aufbauende Arbeit Deutschlands eben aus dem Grunde der dadurch fortfallenden Erbitterung, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen gar nicht wollen. Wahrscheinlich wird die Erörterung aller dieser Dinge der Sachkommission vorbehalten sein.

Stinnes konferiert mit Millerand.

Der Sonderberichterstatter des Matin in Spa telegraphiert seinem Blatte: Gestern hatte Hugo Stinnes, der von Köln gekommen war, eine lange Zusammenkunft mit Millerand. Dieser empfing ihn in dem französischen Quartier. Stinnes setzte Millerand seine Pläne über die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete auseinander. Millerand machte einige Einwendungen, erklärte sich aber lebhaft interessiert durch das von Stinnes entwickelte System der internationalen Mitwirkung.

Zum Zwischenfall Millerand-Lloyd Georges in Brüssel.

Baut einer wohlinformierten Brüsseler Depesche des Messaggero war die Schlußsitzung in Brüssel durchaus erregt. Zunächst gelang es Lloyd Georges, die Wortführung in Spa von den Franzosen auf die Engländer zu übertragen. Bei der Kohlendebatte gab es einen heftigen Streit. Millerand schlug eine internationale Kohlenkommission in Berlin vor, um zu verhindern, daß Deutschland eventuell Kohlen exportiere oder seiner Industrie zuliebe Lloyd George erwiderte scharf kategorisch, daß das eine Gegenmaßregel wäre, welche schwere Unruhen in Deutschland und neue Konflikte mit den Verbänden heraufbeschwören müßte. Millerand antwortete leidenschaftlich, indem er England als interessiertes Kohlenland bezeichnen, worauf Lloyd George scharf erklärte, Frankreich könne tun, was es wolle, möge aber im Fall von Schwierigkeiten nicht auf Englands Hilfe rechnen. Der heftige Austritt wurde damit beendet. Trotzdem wurde die Diskussion nicht ruhiger, und die Engländer verließen den Saal.

Italienische Pressestimmen mit viel Einsicht.

Der Korrespondent des „Messaggero“ sagt hinzu, man glaube, daß die deutschen Delegierten in Spa selbstbewußt, ja aggressiv auftreten werden, was die Diskussion verwickeln, ja hinausziehen könnte. Uebrigens scheint England auch die Danziger Frage aufrollen zu wollen. Als Entschädigung verlange die Entente 120 Milliarden Mark. „Messaggero“ schreibt sodann, man solle in Deutschland erfahren, daß Italien nur die Erhöhung seines Anteils, aber nicht eine Erhöhung der deutschen Gesamtentschädigung wolle.

Das „Giornale d'Italia“ warnt vor der Ansicht, als ob sich Deutschland widerstandslos dem Willen der Entente fügen wolle. Im Gegenteil sei äußerster Widerstand zu erwarten, und die Entente habe nicht einmal die Mittel, um den Widerstand zu brechen, denn eine Neuaufgabe der Rheinexpedition mit Regentruppen sei nach den bliden Erfahrungen mit der ersten Expedition undenkbar. Man solle nicht Deutschland in die Arme des siegreichen Bolschewismus treiben, denn das wäre nicht nur das Ende jeder Hoffnung auf deutsche Entschädigung, sondern auch das Ende der Weltzivilisation. Vernichtend urteilt der „Tempo“, der die Klugheit des vielgestalteten Wettermich turmhoch über die Weisheit Clemenceaus, Lloyd Georges und Wilsons stellt, denn Wettermich verschaffte der Welt wenigstens 90 Friedensjahre. Das Resultat der genannten drei Staatsmänner aber sei Revolte aller Völker und Aufblühen der gesamten ausgebeuteten Menschheit gegen den englisch-französischen Imperialismus.

Der Vertreter des Messaggero in Spa meldet: Gewisse Leute bieten alles auf, um die Konferenz scheitern zu lassen, weil sie dann die Unmöglichkeit des Verständnisses mit den Deutschen dactun könnten. Noch bestehe ein scharfer Antagonismus zwischen den Verbänden. Frankreich und Belgien wollen Deutschland durchaus niederhalten und lehnen jede Revision des Versailler Vertrages ab. Dagegen suchen die Engländer und Italiener Verhandlungswege. Wenn Lloyd George hinsichtlich der Entwaffnung Deutschlands und der Bestrafung der Kriegsschuldigen den Franzosen und Belgiern nachgibt, so tue er dies nur, um diese für eine Milderung in der Entschädigungsfrage zu gewinnen.

Deutscher Reichstag.

Nach einigen Anfragen in der gestrigen Sitzung.

Präsident Loh:

Der Reichskanzler hat uns durch ein Telegramm wissen lassen, daß die Verhandlungen in Spa es wünschenswert erscheinen lassen, daß auch der Reichsjustizminister und Reichskanzler an den weiteren Besprechungen dort teilnehmen. Bei der Erweiterung der Verhandlungen kann es auch für andere Minister noch notwendig sein, nach Spa zu reisen. Von unseren Ministern befinden sich sieben im Ausland. Der Reichskanzler gibt daher anheim, unter diesen Umständen die Beratungen zu unterbrechen und erst nach Abschluß der Verhandlungen in Spa wieder aufzunehmen. Der Vizepräsident hat sich mit der Anregung des Reichskanzlers beschäftigt und beschloffen, diese Unterbrechung der Verhandlungen vorzuschlagen. Wenn Sie dem zustimmen und die weiteren Punkte von der Tagesordnung absetzen würden, so würde ich einige andere Verhandlungsgegenstände vorschlagen, die heute noch erledigt werden müßten.

Das Haus erklärte sich mit den Vorschlägen des Präsidenten einverstanden. Darauf wird die Besprechung der Interpellationen über die Lebensmittelpreise und über die Arbeitslosigkeit von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird dann ein schleuniger Antrag aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen auf die Tagesordnung gesetzt, der eine ergänzende Regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn bringt. Im Einkommenssteuergesetz wird danach folgender § 45a eingefügt:

Bei den ständig beschäftigten Arbeitnehmern, deren Erwerbstätigkeit durch das Dienstverhältnis vollständig oder hauptsächlich in Anspruch genommen wird, hat der Abzug gemäß § 43

a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Tagen für 5 Mark täglich,

b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Wochen 30 Mark wöchentlich,

c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Monaten für 125 Mark monatlich zu unterbleiben. Der abzugsfreie Betrag erhöht sich für jede zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Person im ersten Falle um 1,50 Mark, im zweiten um 10 Mark, im dritten um 40 Mark. Ob und inwieweit die Vorschrift im Einzelfalle anzuwenden ist, ist von dem Arbeitgeber festzustellen. Auf Antrag des Arbeitnehmers ist in Betrieben, in denen ein Betriebsrat besteht, der Betriebsausschuss oder der Betriebsobmann gutachtlich zu hören. Auf Anrufen eines Beteiligten entscheidet das Finanzamt endgültig. Ist die Entscheidung des Finanzamtes nicht binnen einer Woche nach dem Zahlungstag angerufen, so ist der Abzug in vollem Umfange nach § 43 vorzunehmen.

Ein weiterer § 43b besagt: Arbeitnehmer, die nicht unter § 43a fallen, können beim Finanzamt die Ausstellung einer Bescheinigung unter dem Hundertsatz des Arbeitslohnes verlangen, die von dem Arbeitgeber bei der Lohnzahlung in Abzug zu bringen ist. Das Finanzamt hat den Hundertsatz nach dem mutmaßlichen Jahresbetrage des Einkommens zu ermitteln. Wird eine solche Bescheinigung nicht vorgelegt, so hat der Arbeitgeber 10 Prozent in Abzug zu bringen.

§ 43c bestimmt: Wenn der Arbeitslohn auf das Jahr umgerechnet und unter Berücksichtigung des § 43a den Betrag von 15 000 Mark übersteigt, so gilt für den einzuhaltenden Betrag nachstehender Tarif: Von 15—30 000 Mark 15 Prozent, von mehr als 30—50 000 Mark 20 Prozent, von mehr als 50—100 000 Mark 25 Prozent, von mehr als 100—150 000 Mark 30 Prozent, von mehr als 150—200 000 Mark 35 Prozent, von mehr als 200—300 000 Mark 40 Prozent, von mehr als 300—500 000 Mark 45 Prozent, von mehr als 500 000 bis 1 Million Mark 50 Prozent, von mehr als 1 Million Mark 55 Prozent. Das Gesetz tritt am 1. August 1920 in Kraft.

Abg. Eichhorn (Unabh.): Der Antrag ist keine Reform, sondern der Versuch einer Verschleierung der Härten des Gesetzes. Wir verlangen die volle Aufhebung des Steuerabzuges.

Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.): In dieser Frage bestehen offenbar bei den Unabhängigen verschiedene Richtungen. Ihre Vertreter in der Kommission haben unserem Antrag zugestimmt. (Hört, hört und Beifall.) Dieser Antrag befähigt tatsächlich die bisherigen Härten.

Abg. Dr. Kießer (D. V.): Im Unterausschuss hat Abg. Edwells durchaus sich für den Steuerabzug ausgesprochen. Er wollte ursprünglich sogar den Antrag unterzeichnen.

Abg. Edwells (Unabh.): Die Notwendigkeit des Steuerabzuges haben alle Parteien anerkannt, aber wir wollten wirkliche Reform.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Die Diätenvorlage

für die Mitglieder des Reichstages, die sodann zur Besprechung kam. Bestimmte, daß die Abgeordneten eine monatliche Entschädigung von 1500 Mark erhalten sollen. Für jeden Tag, an dem ein Mitglied der Volkshilfe ferngeblieben ist, werden von der Entschädigung 50 Mark abgezogen.

Die Vorlage wurde in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Danach wurde der Beschlusseckel über die Gewährung der Meistbegünstigung an diejenigen Staaten, für die sie noch nicht besteht, in allen drei Lesungen angenommen. Die Vorlage über Leberorganbestimmungen für die Kriegswirtschaft wurde in den beiden ersten Lesungen angenommen. Der letzten Lesung widerstand der Abg. Ledebour (Unabh.).

Präsident Eiche: Meine Damen und Herren! Während der kurzen Vertagung, die vor uns steht, und zwar schon am nächsten Sonntag, wird für Ost- und einige Bezirke Westpreußens die Entscheidung fallen über die weitere Zugehörigkeit zur deutschen Heimat. Mit den grüneschmückten Bäumen und Schiffen eilen unsere besten Kräfte und Wünsche in das nur äußerlich abgetrennte Land. (Beifall.) Was der kommende Sonntag eine gewaltige, abermächtige Kundgebung werden für das deutsche Vaterland (Beifall), eine Kundgebung der Treue zur Heimat, die das Land urbar gemacht und ihm seine Kultur gegeben hat, eine Kundgebung zu den Stammesgenossen im Reich, eine Kundgebung der Liebe zur Mutter Erde und zum Mutterland in tiefem Heimatgefühl. (Beifall.) Wir haben in den letzten Monaten manch ergreifendes Bekenntnis zur Heimat erlebt, zur Heimat, die in tiefer Not nicht mit einem Hülfshorn von Gaben diesem Lande entgegentritt, sondern mit ernstem abgehärtetem Angesicht, und ihm nichts anderes entgegenreden kann, als den schneigen arbeitsgewohnten Arm. Trotz mancher Versuchungen von anderer Seite, trotz manchen glänzenden, wenn auch nicht sicheren Versprechungen haben wir doch tausendfach das Bekenntnis gehört: Dort ist unsere Heimat, dort ist unser Vaterland, und wären es kahle und öde Felsen, und wohnte Armut und Elend dort, ich will das Land ewig lieb haben und festhalten in meinem Herzen! (Beifall.) Aus dieser Erkenntnis heraus ist, so hoffen wir, das Abstimmungsergebnis am kommenden Sonntag geboren. Aus dieser Erkenntnis heraus ruft die deutsche Volksvertretung hinüber: Ostpreußen, Westpreußen, bleibt getreu! (Stürmischer Beifall und langanhaltendes Händeklatschen.) Der Präsident erbittet und erhält die Genehmigung, die nächste Sitzung anzuberaumen und ihre Tagesordnung festzusetzen.

Wahrheiten über die russischen Zustände.

Aus Schweden berichtet der Stockholmer Korrespondent des Times, was er aus mündlichen Mitteilungen des Dr. Gueft und der Frau Snowden, zweier Mitglieder der britischen Arbeiterdelegation nach Rußland, über die Zustände im Sowjetland vernommen hat. Die Genannten erklären, man habe den Kontakt zwischen ihnen und den Leuten in Rußland hintertrieben, und zwar unter Strafandrohung an die letzteren. Frau Snowden setzte hinzu, die Sowjetführer habe es arg verbrochen, als sie ihnen sagten, der Bolschewismus habe nicht die geringste Aussicht, sich nach England zu verpflanzen. Die Bolschewistenführer haben dem Volk eingeredet, der Bolschewismus breite sich über die ganze Welt aus, und namentlich die britische Arbeiterklasse sei dafür gewonnen. Sie waren sehr ungehalten, als ich ihnen sagte, es sei nichts damit. Ich kehre mit der vollendeten Überzeugung heim, daß wir vom Bolschewismus weder lernen noch profitieren können. Was die Bolschewisten über Wasser hält, das ist der Krieg und der Haß wider Polen und alle ausländische Intervention. Käme es morgen zum Frieden, so könnte dort eine allgemeine Reaktion gegen den Bolschewismus erfolgen und der Sowjetismus hätte entweder abzutreten oder sehr viele Kranten abzuschleusen. Schon jetzt besteht dort eine geheime Sehnsucht nach einem militärischen Diktator, einem russischen Kapeleon, der die Sache in die Hand nähme. Dr. Gueft bestätigte dies und setzte hinzu, die Mehrheit des russischen Volkes habe den Glauben an den Bolschewismus verloren. Die Schließungen seiner Delegationen stimmten mit den bekannt gewordenen Darstellungen aus anderen Quellen über die derzeitige Lage in Rußland überein.

Der Times-Korrespondent gewann aus dem Gespräch den allgemeinen Eindruck, daß in den Massen Rußlands allmählich die Erkenntnis zu tagen beginne. Der Terrorismus, ist erschüttert und damit die Unterwürfigkeit unter eine terrorisierende Minderheit. Was den Ausbruch einer Revolte hindert und die uneinigen Elemente noch zusammenhält, ist der auf allen Fronten wütende Krieg.

Meine politische Meldungen.

Dr. v. Holtums Heimkehr. Nachdem bereits von Graudenz aus bekannt war, daß Dr. von Holtum in Graudenz weilte und in den nächsten Tagen an seine Wirkungsstätte zurückkehren sollte, traf Dr. von Holtum von Graudenz kommend, in Begleitung von drei polnischen Soldaten und eines Graudenz polnischen Kriminalkommissars, der ihm diese Tage über zur Bewachung zur Seite gegeben war, im Auto in Marienwerder ein. Die Kunde von seiner Rückkehr hatte sich wie ein Lauffeuer bald in der ganzen Stadt verbreitet. Es versammelte sich bald eine große Menschenmenge vor dem Deutschen Hause, dem Sitz des Deutschen Ausschusses für Westpreußen, um Herrn von Holtum willkommen zu heißen.

Organisation der Großberliner Betriebsräte. Am Montag tagte eine Versammlung von auf rabiatale m Boden stehenden Großberliner Betriebsräten, in welcher beschlossen wurde, den Kampf gegen den Gewerkschaftsbund aufzunehmen und umgehend eine Organisation der Betriebsräte zu schaffen. In den Vorstand wurde Däumig, R. Müller, Abg. Matzahn, Stott, Behmann und Ebert gewählt.

Ein Moskauer Junkspruch. Das Wollische Telegraphenbüro verbreitet den folgenden Junkspruch aus Moskau: Hiermit wird angelehnt, daß die Behauptungen mit voller Entschiedenheit unabweisbar erklärt: Sowjetregierungsvertreter im Ausland wird jede Einmischung in innere Verhältnisse der betreffenden Staaten ausdrücklich untersagt. Viktor Kopp in Berlin ist Infamtion erteilt worden, dahin lautend, jeder Beziehung mit deutscher innerer Politik sich völlig fern zu halten. Volkskommissar des Auswärtigen: Tschichowin.

Das italienisch-albanische Abkommen. Nach einer Mitteilung der Giornale d'Italia umfaßt das Abkommen zwischen Italien und Albanien folgende Punkte: 1. Die italienische Regierung erkennt die albanische Regierung in Tirana an, 2. Albanien verwaltet sein Gebiet ohne jegliche fremde Beeinflussung, 3. vollständige Räumung Albaniens durch die italienischen Truppen, 4. Albanien wird das Recht der freien Verteidigung seiner nationalen Unversehrtheit eingeräumt, 5. Italien soll befugt sein, maritime Verteidigungsanlagen und Funkstationen auf der vor Valona gelegenen Insel Saffano zu errichten, Valona bleibt von italienischen Truppen besetzt, 6. Italien wird für die in Albanien errichteten Zivillbauten entschädigt.

110 000 Millionen Mark für die Unterland. Beim amerikanischen Schiffsamt ist bis zum Ablauf der festgesetzten Frist am 30. Juni nur ein Gebot auf den deutschen Dampfer Vaterland eingegangen. Die United States Mail Steamships Company hat drei Millionen Dollar geboten.

Sächsische Volkskammer.

In der gestrigen Sitzung der Kammer wurde in zweiter Lesung der Geschäftsbericht der Landesbrandversicherungsjahresanfang auf die Jahre 1918 und 1917 und den Jahresbericht mit Rechnungsabschluss auf das Jahr 1918 verhandelt. Es folgten zweite Beratungen über verschiedene Kapitel des Staatshaushaltplans auf das Rechnungsjahr 1920 und des Rechnungsjahresberichts für 1918 und 1917.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung über den Staatshaushaltplan über die Nebenämter und Nebenbezüge eruchte die Kammer die Regierung, mit tunlichster Beschleunigung eine Nachweisung über ferner etwa in Frage kommende Nebenämter und Nebenbezüge der Volkskammer vorzulegen.

Die Kammer verabschiedete weiter die Kapitel 22 bis 28 des ordentlichen Staatshaushaltplans über allgemeine Staatsbedürfnisse. Genehmigt wurden weiter nach der Vorlage bei dem

die Einnahmen mit 4 957 000 Mark und die Ausgaben mit 7 813 027 Mark.

Die Abg. Hartmann (Dem.) und Claus (Dem.) bemängelten die Bevorzugung Dresdens bei den Zuschüssen für die Staatstheater und empfahlen auch andere Theater außerhalb Dresdens hierbei zu berücksichtigen. Die gleichen Absichten verfolgte ein Antrag der Abg. Dr. Barge u. Gen., durch den die Regierung ersucht werden soll, den sächsischen Theatern, die anerkanntesten künstlerische Leistungen darbieten, künftig nach einem einheitlichen Plane die notwendigen Staatszuschüsse zu gewähren. Mit diesem Antrage wird sich die Kammer in einer ihrer nächsten Sitzungen beschäftigen.

Abg. Arzt (Soz.) führte aus, daß es zutreffend mäßig, den Zuschüssen für die Theater wegzubringen, diese aber für eine Bildungsstätte des ganzen Volkes zu machen.

Abg. Fleißner (Unabh.) bemerkte, daß es ihm schwer falle, die Zuschüsse zu bewilligen, weil jedoch gleichzeitig darauf hin, daß Sowjetrußland, dessen finanzielle Verhältnisse noch ungünstiger seien, den allergrößten Wert auf künstlerische Theaterveranstaltungen lege.

Bei der Verabschiedung des Stats und des Rechnungsjahresberichts für die Sammlungen für Kunst und Wissenschaft richtete Abg. Schierland (Dem.) einen Appell an die Öffentlichkeit, bei Vergabung von Aufträgen der künsterischen Künstler zu bedenken, die im Felde ihre Gesundheit eingebüßt haben. Von der Regierung erwartet er, daß diese bei jeder sich bietenden Gelegenheit Ausschreibungen vornehme und solche Künstler berücksichtige. Weiter wurden genehmigt Stat und Haushaltplan für den Geschäftsjahr 1920 des Gesamtministeriums. Abg. Hellisch (Soz.) äußerte, daß die Sächsische Staatszeitung etwas altertümlich anmutete. Bei gutem Willen müsse es möglich sein, mehr frische Artikel in den Text einzubringen. Zum Schluß wird zu dem Antrag der Abg. Arzt und Genossen über die

Ernennung von Zeitungen zu Amtsblättern beschlossen, die Regierung zu ersuchen, das Erforderliche zu veranlassen, um die Bezeichnung Amtsblatt künftig in Wegfall zu bringen. Ein Besuch sächsischer Zeitungsverleger vom 13. Mai 1920 zu demselben Gegenstand wurde durch diesen Beschluß für erledigt erklärt. Abg. Schierland (Dem.) begrüßte diese Stellungnahme. Die Amtsblattpresse mißbrauche ihre Macht im neuen Staate und greife die Regierung fast täglich an. Nächste Sitzung: Deute, Mittwoch, nachmittags 1 Uhr

Von Stadt und Land.

Am 7. Juli 1920.

Gründung eines Bezirks-Bürgerrates

für den Amtshauptmannschaftsbezirk Schwarzenberg.

Auf eine Einladung hin hatte sich gestern eine außerordentliche große Zahl Herren aus dem amtshauptmannschaftlichen Bezirke im Saale des Hotels Bauer Engel eingefunden — der Saal war überfüllt —, um Beschlüsse über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses des Bürgertums, also aller Volksteile, die auf dem Boden der Staats- und Reichsverfassung stehen und bereit sind, diese gegen Umsturz und das Volk vor Welt Herrschaft, Räteherrschaft und Terror zu schützen, anzuhören. Die Beschlüsse fanden ungeteilten Beifall und das Ergebnis der Versammlung war die Gründung eines Bezirksbürgerrates. Zur Einleitung der weiteren Organisationsarbeiten und zwecks Begründung von Bürgerbünden in jedem Ort wurde ein vielköpfiger vorläufiger Ausschuss gewählt, der sofort seine Arbeit aufnehmen soll, damit baldigst die ordentlichen Wahlen von Vorstand und Ausschussmitgliedern erfolgen können. Die Bezirksbürgerräte schlossen sich zu Landesbürgerräten, diese zum Reichsbürgerrat zusammen. Der Anfang dieser Woche in Leipzig tagte und dessen Vorsitzender der ehemalige Staatsminister von Uebell ist. Die Aufgaben der Bürgerräte wurden wie folgt gekennzeichnet: Gemeinsame Arbeit im Interesse des Bürgertums auf politisch neutraler Grundlage. Vereinigung aller, die gewillt sind, gegen Anarchie und Terror Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Gemeinsame Arbeit zur Selbsterhaltung, zur Erhaltung desjenigen, was wohl erworben ist, jetzt, wo alles, was uns lieb und wert ist, auf dem Spieße steht. Gemeinsame Arbeit zur Aufrechterhaltung des Rechtsgebans. Pflicht zur gegenseitiger Hilfe und Unterstützung. Deshalb Opferbereitschaft sowohl in finanzieller, wie auch in Hinblick auf Arbeitsleistung. Weitere Aufgaben der Bürgerräte sind: Stärkung der Staatsautorität, Wiederaufbau des Vaterlandes, Förderung des deutschen Gedankens, Verbreitung der Kenntnis des deutschen Vertrages in die breiten Massen des Volkes, Durchführung des Grundgesetzes Freie Bahn dem Tüchtigen! in die rechten Wege durch Auftreten gegen Hochverrat und Bestimmungsbeulanten; Stellungnahme gegen Sozialfälschung, zu Steuerfragen, gegen Zersplitterung der bürgerlichen Parteien; Zusammenfassung bürgerlicher Gemeindevertreter u. f. f.

Die Sozialfälschung in Sachsen. Dr. Max Schippel, der bekannte Mehrheitssozialist und derzeitiger Leiter der Sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft, weist in einer soeben (bei H. B. Teubner) erschienenen Schrift nach, warum die Sozialfälschung namentlich unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen unmöglich ist. Er zeigt, wie wenig durchdacht und wirtschaftsfremd die Neutraditionellen Sozialfälschungspläne waren, und welche Gefahr sie für unsere todbrante Wirtschaft bedeuten, die vor gewagten Experimenten zu sichern ist. Denn jeder falsche Schritt auf dem Wege zur Sozialfälschung kann uns in den Abgrund stürzen. So mühte auch in Sachsen die eine Zeitlang außerordentlich hochgehende Sozialfälschungsbewegung, deren Tätigkeit und Befugnisse Schippel kurz kennzeichnet, bald abflauen, und von dem geplanten Zentralwirtschaftsrat ist nur die Landesstelle für Gemeinwirtschaft übrig geblieben.

Der vielbespöchtete Steuerabzug vom Lohn wurde in der gestrigen Reichstags-Sitzung zufolge eines Antrages des Reichshaushaltungsausschusses behandelt. Der Reichstag nahm den Antrag gegen die Stimmen der Unabhängigen an, wonach der § 45 des Reichseinkommensteuergesetzes einige Zusätze erhält, die den Steuerabzug wesentlich mildern und Härten der ursprünglichen Fassung beseitigen. Wir verweisen auf den ausführlichen Sitzungsbericht in vorliegender Ausgabe. Der Reichstag beschloß ferner auf Vorschlag des Präsidenten, die Verhandlung wegen der Anwesenheit der meisten Reichsminister in Spa auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

Kleingeldscheine. Der Bezirksverband Schwarzengberg schreibt uns: In der Ausgabe des Auer Tageblattes vom 8. Juli 1920 wurde die Ausgabe von 10-Pfg.-Gutscheinen durch den Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzengberg anerkannt. Hier und da wurde ferner der Wunsch ausgesprochen, daß auch noch 5-Pfg.-Gutscheine ausgegeben werden möchten. Hierzu ist zu bemerken, daß die Herstellung eines einigermassen haltbaren Gutscheins 3 Pfg. kostet. Diese Herstellungskosten erscheinen für 5-Pfg.-Gutscheine zu hoch. Vielleicht könnten aber, falls das Bedürfnis hierzu anerkannt wird, noch 25-Pfg.-Gutscheine ausgegeben werden. Mit diesen und den ausgegebenen 10-Pfg.-Gutscheinen könnten dann wohl die meisten Preise beglichen werden, zu deren Zahlung jetzt 5-Pfg.-Stücke nötig sind. Der Bezirksverband hatte übrigens zunächst die Ausgabe von Hartgeld beabsichtigt, da dieses gerade für die kleinen Beträge praktischer ist. Indes kostete zur Zeit die Herstellung eines solchen Stückes in einfacher Ausführung etwa 11 Pfg. Diese Kosten können vom Bezirksverband nicht aufgewendet werden. Sehr zu wünschen wäre es, daß das Publikum im eigenen Interesse die neuen Scheine etwas pfleglicher behandelt und sie vor allem nicht brechen möchte. Gerade durch das Brechen werden auch die aus verhältnismäßig gutem Karton hergestellten Scheine des hiesigen Bezirksverbandes schnell unkenntlich und häßlich.

Was die Ausgabe von sogenanntem Geld durch die Geschäftseleute anlangt, so ist das Publikum zu ihrer Annahme natürlich nicht verpflichtet. Solche Scheine oder Marken sind kein Geld im wahren Sinne des Wortes. Nachdem durch die mit ministerieller Genehmigung erfolgte Ausgabe von 10-Pfg.-Gutscheinen dem größten Mangel an Kleingeld abgeholfen ist, sollte das Publikum sich selbst helfen und alle privaten Geldscheine und Marken energisch zurückweisen.

Rente für Kriegsbeschädigte nach neuem Gesetz. Die Umanerkennung der nach altem Recht bereits festgesetzten Renten ist in der Weise beabsichtigt, daß diejenigen Renten in erster Linie neu festgesetzt werden sollen, für die das Gesetz eine besondere Erhöhung bedeutet. Es ist dies der Fall bei den Schwerbeschädigten und bei denjenigen Kriegsbeschädigten, die eine große Familie zu unterhalten haben. Den Fürsorgestellen der sozialen Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge wird nahegelegt, auch ihrerseits diejenigen Fälle, in denen sie von dem Vollzuge des neuen Gesetzes eine wesentliche Besserstellung der Rentenempfänger erwarten und in denen sie eine vorzugswiese Umanerkennung für wünschenswert erachten, bekanntzugeben. Es wird sich in erster Linie um diejenigen Fälle handeln, in denen die soziale Fürsorge bisher fortlaufend Zuschüsse zu den Renten gezahlt hat. In Verfolg dieser vom Reichsarbeitsministerium erlassenen Verordnung hat das Hauptverwaltungsamt Leipzig die in seinem Bereich liegenden Versorgungsämter angewiesen, sogleich die nötigen Vorbereitungen zu treffen, dergestalt, daß insbesondere die Schwerbeschädigten und die Ernährer zahlreicher Familien vorzugswiese zur Umanerkennung gelangen und dadurch der Besserstellung durch das neue Gesetz schnellstens teilhaftig werden.

Keine Verbilligung der Hausbrandkohle. Auf eine Eingabe des Bundes Deutscher Mietervereine an den Reichswirtschaftsminister ist ihm, wie wir hören, folgende Antwort zugegangen: Die in ihrer Eingabe vom 8. Mai zum Ausdruck gebrachten Beschwerden über die außerordentliche und möglicherweise noch nicht abgeschlossene Erhöhung der Kohlenpreise finden mein vollkommenstes Verständnis. Diese Preisbewegung steht aber im Zusammenhang mit der Entwicklung unseres Wirtschaftslebens, insbesondere mit der Arbeitsverknappung, Erhebungen, an denen auch der Reichshohlenrat beteiligt ist, haben das Ergebnis gezeigt, daß vielleicht theoretisch eine niedrigere Bemessung des Preises für Hausbrandkohle möglich, ihre praktische Durchführung aber kaum durchführbar ist. Bei den in die Millionen gehenden Lieferungen für Hausbrandverbrauch wäre eine praktische Kontrolle und Unterscheidung der für Hausbrand- und Industriezwecke bestimmten Kohle unmöglich und damit dem Schieber- und Wuchererwesen in einem Maße Tür und Tor geöffnet, daß die allerwertvollsten Bedenken gegen eine solche Maßnahme bestehen. Ich sehe mich daher, so sehr ich eine wirtschaftliche Entlastung der Beteiligten begrüßen würde nach reiflicher Prüfung nicht im Stande, dem Wunsche des Bundes stattzugeben.

Neben den Stand der Milchversorgung Sachsens erschienen in einzelnen Blättern beunruhigende Nachrichten, die auf ein Mißverständnis zurückzuführen sein dürften. Gegenüber dem Vorjahre ist die Milchversorgung in diesem Jahre erheblich besser. Denn während im Mai v. J. zur Erfüllung der gesetzlichen Nationen im ganzen Lande wöchentlich rund 446 000 Liter am Bedarf fehlten, hat sich diese Fehlmenge im Mai 1920 auf etwa 245 000 Liter ermäßigt. Ebenso hat sich infolge der günstigen Witterung und der zeitigen Grünfütterung im Juni die Lage neuerdings gebessert.

Ein Holz-Verteidigungskomitee. Wie wir erfahren, hat sich in Plauen unter Leitung eines dortigen Rechtsanwaltes ein Holz-Verteidigungskomitee gebildet, das namentlich die Kosten für die Verteidigung der zahlreichen Denkmale des Holz aufbringen will. Unter ihnen befinden sich viele unzeitige junge Burschen, die aus Arbeitslosigkeit, Abenteuerlust, oder anderen Gründen sich dem Holz angeschlossen haben und denen diese Verteidigung in erster Linie zu Gute kommen soll. Im Dresdner Untersuchungsgefängnis sind etwa 250 Holz-Genossen. Die Anklageschriften gegen sie werden, wie wir weiter hören, in der nächsten Zeit ausgegeben werden. Selbstverständlich wird man keinen Kliefenprozeß machen, da es vollständig unmöglich wäre, 250 auf einmal

abzurufen, sondern man wird sie einzeln und gruppenweise aburteilen.

Bundes-Schießen des Wettin-Schützenbundes. Am 1. August finden die Hauptverammlungen des Sächsischen Wettin-Schützenbundes und der Jubiläum-Stiftung der Schützenvereine Sachsens in Annaberg statt. An sie schließt sich das übliche Bundes-Schießen, dieses Mal in den Zeitverhältnissen entsprechender vereinfachter Form.

Max Allinger, der soeben Verstorbenen, war in Leipzig am 18. Februar 1857 als Sohn eines reichen Fabrikbesitzers, dessen Familie ehemals im Vogtlande anständig war, geboren, der selbst künstlerische Neigungen hatte, die großen Gaben seines Sohnes früh erkannte und ihm freie Wahl für seine Laufbahn ließ. Allinger hatte darum nie mit der Not des Lebens zu kämpfen gehabt, er konnte stets ungehindert seinen Neigungen leben. Als Siebzehnjähriger studierte Allinger in Karlsruhe unter Gussow, dem damals bedeutendsten Vertreter der realistischen Malweise, mit dem er dann nach Berlin ging. Von hier ging er 1879 zunächst nach Brüssel, von da nach Paris und München, endlich 1888 nach Rom, wo er bis zum Frühjahr 1892 verweilte. Seitdem war er wieder in Leipzig anständig.

Wo das Hartgeld steckt. Welche Beute machten unbekannt Eindrücke, die der Wohnung des früheren Kinobesitzers Gottschalk in Neustadt (Sa.) einen Besuch abstatteten. Neben silbernen Bestecken, Herren- und Damenschmuckstücken, Uhren, Kleidungs- und Wäscheutensilien, Garbolen, Wohnungs- und Wirtschaftsgegenständen fielen ihnen noch für 1700 Mk. Zehnpfennigstücke aus Nickel, das sind nicht weniger wie 17 000 Stück, ferner für 2000 Mk. Silber- und für 15 Mk. Kupfermünzen in die Hände. Der Gesamtwert der gestohlenen Sachen einschließlich des Bargeldes wird auf über 40 000 Mk. angegeben.

Schönheide, 6. Juli. Die letzte Fahrt des Postwagens. Der wohlbekannte Postwagen, der seit dem Eröffnungstage der Eisenbahnlinie Chemnitz-Vue-Neudorf, 1. Oktober 1875, zwischen dem Postamt Schönheide und dem Bahnhof Schönheiderhammer hin- und herpendelte, fuhr in vergangener Woche zum letztenmal. An seine Stelle ist jetzt ein der Reichspost gehöriger staatlicher Kraftwagen getreten, der außer der Beförderung der Paket- und Briefpoststücken zwischen dem Postamt Schönheide und den Bahnhöfen Schönheide sowie Schönheiderhammer zugleich dem Personenverkehr zwischen Schönheide und Eibenstock dient.

Borna bei Leipzig, 6. Juli. Der Streik im Braunkohlenrevier hat glücklicherweise keine weitere Ausdehnung erfahren. Notstandsarbeiten werden verrichtet. Die Ziegelarbeiter, die am Sonnabend ebenfalls mit dem Streikgedanken liebäugelten, haben in letzter Stunde sich anders besonnen. Borna steht so ziemlich vereinzelt da mit seinem Streik.

Gerichtssaal.

Der jetzige Landfriedensbruch. 132 Jahre Freiheitsstrafe für 40 Angeklagte. Der Prozeß wegen des jetzigen Landfriedensbruchs, der die Vorgänge im Herbst vorigen Jahres zur Aburteilung bringen sollte, ist nach 35-tägiger Dauer in Raumburg zum Abschluß gelangt. Es ist der größte Prozeß, der jemals vor einem Raumburger Gericht geführt worden ist. 40 Personen wurden vom Schwurgericht insgesamt zu 132 Jahren 2 Monaten Freiheitsstrafe, darunter 80 Jahre Zuchthaus, verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Den Geschworenen lagen 282 Fragen vor. Sie berieten darüber 11 Stunden. Bei 15 Angeklagten gingen sie über den Antrag des Staatsanwalts hinaus. Der Prozeß hatte die entsetzlichsten Bilder entrollt. So war u. a. der Leutnant Schröder zu Tode gemartert worden. Man hatte den Sterbenden eine Stunde lang derart mißhandelt, daß die Leiche bis zur Unkenntlichkeit entstellt war.

Letzte Drahtnachrichten.

Der zweite Tag der Spa-Konferenz. Unnachgiebigkeit, Deutsche Feindschaft der Alliierten.

Spa, 6. Juli. Die zweite Sitzung der Konferenz, an welcher auf deutscher Seite Reichskanzler Fehrenbach, Reichsminister des Reiches Dr. Gessler und General von Seeckt teilnahmen, wurde kurz nach 1/2 Uhr durch den Ministerpräsidenten de la Croix mit der Frage eröffnet, welches Mitglied der deutschen Delegation den Auftrag habe, die Noten der Entente in der Frage der Entwaffnung zu beantworten. Dr. Gessler ging sofort in längeren Ausführungen auf die ganze Entwaffnungsfrage ein und schilderte den gegenwärtigen Zustand. Die 200 000 Mann seien für die deutsche Regierung eine unumgängliche Notwendigkeit. Lloyd George stellte hierauf die Punkte auf, in welche die Alliierten Deutschlands Nichterfüllung des Friedensvertrages in militärischen Dingen zum Vorwurf machen, insbesondere daß die Reichswehr statt 100 000 Mann 200 000 Mann umfasse, daß Deutschland anstatt der ihm zugestandenen 2000 Maschinengewehre 50 000 habe, anstatt der ihm zugestandenen 280 Geschütze 12 000. An Gewehren seien zwar 1/3 Millionen abgeliefert und die Hälfte davon bereits zerstört, es unterlege jedoch keinem Zweifel, daß noch außerordentlich große Bestände in den Händen der deutschen Bevölkerung seien. Der Besitz der Gewehre sei ein politisches Gefahrenmoment von außerordentlicher Schwere. Dem gegenüber sei es verhältnismäßig gleichgültig, ob die Heeresstärke Deutschlands 100 000, 200 000 oder 300 000 Mann betrage. Die Alliierten erwarteten von der deutschen Regierung die morgen vorzulegenden bestimmte Pläne, wie sich die Aufrüstung dieser Waffen und die Herabsetzung des Heeres auf 100 000 Mann nun gestalten soll. Reichskanzler Fehrenbach betonte darauf sehr ausführlich in lebhaften Darlegungen die Schwierigkeiten der Aufstellung eines

weiteren Planes. Er machte auch darauf aufmerksam, daß die Wiedergutmachungsforderungen der Alliierten von dem Bestehen einer genügend großen Wehrmacht in Deutschland abhängig seien. In scharfer Weise erwiderte Lloyd George, daß die Alliierten klare Tatsachen und Ziffern sehen wollten; die Konferenz von Spa hätte sonst keinen Zweck mehr. Minister Dr. Simons erwiderte sofort, daß wir nach Lage der Dinge nicht hätten annehmen können, daß die militärischen Fragen an erster Stelle in Spa besprochen werden würden. Es sei zweifelhaft, ob wir bis morgen vormittag in der Lage sein würden, bestimmte Pläne vorzulegen. Lloyd George erwiderte, man werde uns genügend Zeit lassen, und Ministerpräsident de la Croix setzte hierauf die nächste Sitzung auf Mittwoch nachmittag 1/4 4 Uhr an.

Berlin, 7. Juli. Wie der Vorwärts von gut unterrichteter Seite hört, endigte die zweite Sitzung der Konferenz von Spa ohne Endergebnis. Das Programm des Reichswehrministers scheint keinen Beifall gefunden zu haben. In einer Unterredung mit dem Reichsjustizminister, welche ein Pressevertreter hatte, sagte der Minister: Die Entente wird Aufklärung darüber haben wollen, wie weit die Untersuchung gegen die Kriegsverbrecher vorgeschritten ist. Wir haben alles getan, was wir tun konnten. Die deutsche Regierung ist bemüht gewesen, auch in diesem Punkte die von ihr übernommenen Verpflichtungen loyal durchzuführen. Die Untersuchungen werden sehr genau geführt. Die deutsche Rechtsprechung ist von jeher sehr mustergültig gewesen, unsere Richter sind unparteiisch.

Atmosphäre des Mißtrauens. Berlin, 7. Juli. Dem Berliner Tageblatt wird aus Spa berichtet: Es werden sehr umfangreiche Anstrengungen gemacht, um eine Atmosphäre des Mißtrauens und der Verdächtigungen gegen uns in Spa zu schaffen. In keinem Moment seit dem Waffenstillstand war der Druck der deutsch-feindlichen Elemente in England und Frankreich so stark wie jetzt.

Erstes Stadium der Verhandlungen. Berlin, 7. Juli. Der Eindruck, welche die viereinhalbstündige Sitzung von gestern nachmittag in Spa hinterließ, war, wie dem Lokalanzeiger berichtet wird, der, daß die Konferenz ein ernstes Stadium erreicht habe. Bei Beginn der Sitzung habe es so ausgesehen, als ob die Verhandlungen überhaupt abgebrochen würden, da Lloyd George die Rede des deutschen Reichswehrministers so verstand, als ob Deutschland den Vertrag von Versailles nicht erfüllen wolle. Der Außenminister Simons habe dann die Situation gerettet.

Abreise des Reichsjustizministers nach Spa. Berlin, 6. Juli. Der Reichsjustizminister Dr. Seligsohn ist heute abends behufs Teilnahme an der Konferenz in Spa in Begleitung des Reichsanwaltes Richter von der Reichsanwaltschaft in Leipzig abgereist.

Aus der Sitzung des Reichsrates. Berlin, 6. Juli. In der öffentlichen Sitzung des Reichsrates am Dienstag nachmittag gelangten zur Annahme die Protokolle des Haushaltes, des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, des Rechnungshofes, des Reichsfinanzministeriums und des Reichswehrministeriums. Das Diktandum für den Reichstag wurde nach den Beschlüssen des Reichstages angenommen.

Brand im Reichstagsgebäude. Berlin, 7. Juli. Aus dem Reichstag wird mitgeteilt: Die ersten Meldungen über den gefährlichen Brand im Reichstagsgebäude haben sich als übertrieben erwiesen. Der durch den Rauch etwas benommene Fahrstuhlführer erholte sich im Freie gebracht, alsbald wieder.

Neue Streiks in Mitteldeutschland. Berlin, 6. Juli. Seit gestern nachmittag sind verschiedene Gruben im mitteldeutschen Braunkohlengebiet im Auslande, welcher als Protest gegen die hohen Lebensmittelpreise, gegen den Steuerabzug und gegen die Ablehnung einer geforderten Schichtzulage anzusehen ist.

Streik der gelackten Hütten- und Metallindustrie in Saarbrücken. Saarbrücken, 7. Juli. Die gesamte Hütten- und Metallindustrie steht jetzt im Streik, mit Ausnahme der Halberger Hütte. Die im deutschen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter haben gestern allerorts in gebührender Abstimmung sich für die Fortsetzung des Streiks erklärt.

Streik der städtischen Betriebe in Rönigsberg. Rönigsberg, 7. Juli. Die Arbeiter der städtischen Betriebe haben gestern abend beschlossen, in den Schmelzwerk zu streiken. Um 8 Uhr fuhrten die elektrischen Wagen in die Depots und das elektrische Licht erlosch. Auch die Wasserversorgung versagte kurz darauf.

Fortsetzung des Boykotts gegen Ungarn. Amsterdam, 6. Juli. In der am 4. Juli in Brüssel abgehaltenen Sitzung des Büros des internationalen Gewerkschaftsbundes wurde beschlossen, den Boykott gegen Ungarn unabgeschwächt fortzusetzen und wegen seiner Verschärfung mit in Frage kommenden Organisationen in Verbindung zu treten.

Ämtliche Bekanntmachung.

Abgabe von Süßholz für Haushaltungen betreffend. Bis auf weiteres können auf eine Rudertüte bis zu 5 H-Pfünden Süßholz abgegeben werden. Gleichzeitig wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß Süßholz an die Verbraucher nur gegen Vorlegung eines Stammbuchblattes einer Zugerichte abgegeben werden darf und daß die erfolgte Abgabe in jedem Falle auf dem Stammbuchblatt mit Tinte oder Farbstempel zu bemerken ist. Schwarzengberg, am 6. Juli 1920. Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzengberg.

Eva Gröger.

Roman von Anna Riebel.
18. Fortsetzung.

Wohl von einer bewegten Traumwelt und Verwirrung zum allmählich über die guten Schindler, wenn sie in Abend- und Nachtstunden mit ihrem Kämmerer am Bierisch abhingen. Das brachten seine beruhigenden Reden, seine Gebete so mit sich, dass deren dienendes Schimmer sie nicht wachte, wie er machte er war; und nicht am wenigsten seine Art, bei jedem die oft so sorgfältig bestellten Mängel und Ecken herauszufinden und vor aller Augen auszubradeln. Der Stille zwang sich für ein paar Stunden zur Geduld, der Feige so sei ihm in der Schilderung gewöhnlicher Gelehrnisse, und der Schwann, von dem jedes Kind weiß, daß es unter dem Mantel seiner Frau handlung das bärbeißige Wesen eines Hausbrannen zur Schau. Sie gestehen sich nicht abel in dieser Verleumdung und in diesem Phantasma. Aber dann kam die Stunde des Wuselns: da g' Hans. Sie stolperten auf dem kümmerlich erleuchteten Wege ihrem Hause wieder hin, dort sah die Ehefrau in ihrem behaglichen Wohnzimmer bei einer Handarbeit über einem Zeitungsbüchlein oder sie war bereits zu weit gegangen und erwachte beim Eintreten und sah's nach ein paar verblüffte Augen. Was hatte man getan! Man hatte wieder einmal alles verlegt. Das, was man seiner Frau, seinen Klatschen vom Morgen bis zum Abend predigte, was man in den Gemeinversammlungen erlängte, hatte man verlegt.

In der Stunde hatten die Bürger Schindler ihren Kämmerer, diesen Mann, der Worte und Be-

griffe handhabte wie ein glänzender Bestmeister sein. Sie schütteln unendlich, daß sie sich wieder einmal hatten unterliegen lassen von diesem halb Lahmen und einäugigen Krüppel. Ihre gesunde Manneskraft am Orte sich dagegen und half ihnen zugleich über ihre Katerstimmung hinweg. Er sollte sich nur nicht einbilden, daß er einen von ihnen in die Tasche stecken konnte. Was mußte er vom Leben? Er sollte nur wissen, was es heißt, Frau und Kinder zu ernähren! Er sollte nur gehen und sein Pappdach aufklappen, da würde ihm der Wind schon um den Kopf wehen und seine verrückten Ideen herausstreifen.

Nach acht Tagen wiederholte sich dasselbe Spiel. Ganz der Wechsellust mit der Dornenfeder und dem Pferde, wie ihn so ein zerfurchter Schindler in der kalten Seelenverfassung innerer Abtrünnigkeit erblickte, war nun der Amtsrichter Thomas Maguffen nicht. Es gefiel ihm nur zu Seiten, den Geist der Verneinung hiesel zu lassen und seine Mitmenschen zu verblüffen. Das war so eine kleine Rache an der Welt, die ihn um sein Lebensglück und seine Jugend gebracht hatte. Es war kein leichter Entschluß damals für ihn gewesen, sich um diese Stelle in seiner Vaterstadt zu bewerben. Er hatte es nur getan, weil seine Eltern, denen er so viel Kummer gemacht hatte, es so bringen wollten, und denen er so gern noch ein paar freundliche Worte verschaffen wollte. Außerdem konnte er ja mit seinem körperlichen Gebrechen keine großen Ansprüche machen. Seine Krankheit, seine Studentenjahre hatten viel mehr Geld gekostet, als sich mit den Verhältnissen seiner Eltern vertragen. Es war allerdings durch die Untreue der damaligen Eva Müller eine gewaltige Veränderung in ihm vorgegangen. Aus dem fröhlichen Sängling, der am liebsten die ganze Welt in seine Arme

geschlossen hätte, war ein schüchternes Misanthrop geworden. Aber seinen Eltern gegenüber war er der alte geblieben. Es war doch gerade bei dieser Katastrophe gewesen, wo er ihre Liebe in ihrer Tiefe gesehen hatte.

Wenn der Amtsrichter Maguffen an dieses Jahr seiner Krankheit zurückdachte und an die Hülle von Liebe, die seine Eltern ihm gegeben hatten, dann mußte er jedesmal den Kopf in die Hand stützen und seine Gedanken für einige Augenblicke ihren Weg gehen lassen. Er mußte genau: Wenn in jener Zeit nicht alles Gute in ihm erstarre, so war das ihr Verdienst. Er sah sich wieder, wie er mit dem hundertjährigen Körper auf dem Lager lag und vor Schmerzen stöhnte. Auf der Bettlante sah sein Vater. Er redete gute tröstliche Worte, wie man zu einem kleinen Kinde spricht, und konnte doch vor Tränen kaum sprechen. Und dann seine Mutter! Sie kam so selbstverständlich zu ihm, als hätte sie daselbst keine Pflichten, und wochenlang saß sie in seiner Studentenstube in der fremden Stadt, sie, die niemals, soweit er denken konnte, über ihren kleinen Flecken hinausgekommen war. Ihre arbeitsharte Hand war weich und liebevoll, wenn sie seine Wunden verband; und eine Stunde kam, wo er ohne Schmerzen war und vor sich hinbrütete, dann plauderte sie mit ihm, wie er nun bald wieder gesund sein werde, und wie er dann mit ihnen nach Hause reife, und sie ihm mit tausend kleinen Dingen wieder ganz genesen machen werde. Er hörte damals wenig auf ihre Worte, für ihn gab es ja nur ein Wort, das alles Glück und allen Schmerz der Welt enthielt: Eva. O, wenn die Hände seiner Eltern hätten reden können! Es wäre die Wiedergabe eines jubelnden Glückes und eines wilden leidenschaftlichen Schmerzes geworden. Eva! Eva! Ich liebe dich!

(Fortsetzung folgt.)

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme und den reichen Blumenbesuch beim Heimgehe unseres lieben Sohnes

Max

danke wir von ganzem Herzen.

Familie Louis Miesel.

AUE (Auerhammerstr. 16), d. 6. Juli 1920.

Hochklassige **Qualitäts-Zigaretten** zu Originalfabrikpreisen mit Rabatt.

Kaiserjäger m. M. | **Truchses o. M.**
Blizzard m. M. | **Fundus, Gold**
Russen m. M. | **Prinz Halim o. M.**
Fahnenweihe o. M. | **Atta o. M.**
Kaiserfahne o. M. | **Bisquit o. M.**

Verlangen Sie Offerte unter Angabe Ihres Bedarfs von
TA-FRI Vertrieb von Tabakfabrikanten G. m. b. H. Berlin SO. 26, Dresdenerstraße 15.

Carolatheater-Lichtspiele Aue
Kaffee Carola Bes. Carl Jantzen Wettiner Str. 15

Donnerstag bis Sonntag:

Das große Doppel-Programm mit
Wanda Treumann:
„Seelen im Sumpf!“
Drama in 5 Akten von Grete Malzer.

„Lache Bachazzo“.
Drama in 2 Akten.

Wenn der Vater mit d. Sohne
Reizendes Lustspiel in 2 Akten.

Einmal Wochentags ab 6 Uhr. Nur für Erwachsene.

Sanitätsrat
Dr. Pilling
von der Reise zurück.

Zur Beförderung von
Kohlen auf dem Landabsatz
Baumaterialien, Holz u. s. w. werden
Lastkraftwagen
zu billigsten Preisen vermietet.
Verlangen Sie Mietbedingungen.

Allgemeiner Turnverein Aue.
heute Mittwoch, den 7. Juli, nach dem Turnen
Versammlung im „Bürgergarten“.

Vorteilhaftes Angebot!

Ech-CBpernessel, 80 cm 13.00 Mk.
Prima Hemdennessel, 90 cm 15.00 Mk.
Prima Rohkörper, 80 cm 17.00 Mk.
Dirndlstoff, 80 cm 22.00 und 18.00 Mk.
Damenhemden, gesticktes Vorderstück, prima Hemdentuch 55.00 Mk.
Damenstrümpfe, weiß, schwarz, leder . 15.75 Mk.

Kaufhaus Max Weichhold:

Kraftverkehrsgesellschaft m. b. H. „Freistaat Sachsen“
Betriebsleitung Zwickau, alte Eisenbahnwerkstätten. Tel. 2063.

Billige Margarine
Beste Qualität eingetroffen.
Chr. Voigt, Aue am Markt.
Ehren, Pfeffer etc. etc. Paarschneidemaschinen etc. werden billig zu verkaufen.
Zu erst. im Auer Tagebl.
Ein Paar getr. Schalltischel (Größe 42) und ein Nähtisch zu verkaufen.
Zu erst. im Auer Tageblatt.
Ein Paar neue hohe schwarze Damenstiefel (Gr. 38 für 180 Mk) zu verkaufen.
Zu erst. im Auer Tagebl.

1 Nähmaschine, 1 Paar Stiefel
(Gr. 41) zu verkaufen.
Auerhammerstr. 37, 2 Tr.

Zöpfe
fürbt u. repariert billigst in kürzester Zeit
Stern & Gauger
Zöpfe u. Perückenfabrik, Aue Wettinerstr. 48 am Westplatz

Magenleidenden
teile gegen Entzündung des Magens gern mit, wie ich von langjährigem Leiden befreit wurde. Positive Zeugnisse, Kuffenfelde (Wismar-Str.).

+ Frauen +
nähend bei Störungen unter Mittel „Entrost“ mit Gewürzölzchen (Gr. 18-20) für 10 bis 15 Jahre zum Zwecke der Sanität-Depp, Halle a. S. 169.
Darlehn - Verkehrskapital erhält jedermann in jed. Höhe. Rechtsbüro Riebel, Chemnitz, Augustinshofstr. 18, Tel. 3034

Blaue Tuchhose und weiße Herrenhose
zu verkaufen.
Zu erst. im Auer Tageblatt.

Sportverein „Alemania“ Aue
Donnerstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr
Versammlung.
Infolge wichtiger Tagesordnung, u. a. Gausung in Annaberg etc., ist zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.

Die besten, billigsten und größten
10/38 einfach, eßt per St. Wt. 2.80 kauft man bei
10/38 doppelt, „ „ „ 3.80
40/40 Stren, „ „ „ 3.80
Stern & Gauger
Verleumdung und Saargroßhandlung, Aue, Erzgeb.
Wettinerstraße 48. — Telefon-Nr. Aue, 118.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Einfache Stühle
über tüchtiges
Küchenmädchen
für Gastwirtschaft aufs Land sofort gesucht. Zu melden bei **Jean Schmid** Schwarzenberger Str. 63, n.

Aufwartung
für die Vormittagsstunden (Freitag ganzer Tag) gesucht. Näheres durch d. Geschft. d. H. G.
Suche für mein Kolonialwarengeschäft in der Nähe von Chemnitz ein junges, fleißiges, ehrliches
Mädchen
für Haushalt u. Geschäft. Hoher Lohn und gute Behandlung wird zugesichert. Meldungen unt. N. L. 4968 an d. Geschft. d. H. G. erbeten.

Suchz-Zimmer-Wohnung
gegen 4-Zimmer-Wohnung zu verkaufen.
Zu erf. in d. Geschft. d. H. G.

Suche für meine Frau nebst neunjährigem Sohn
Gommerfrische
mit voller Beschäftigung im Erzgebirge in waldreicher Gegend in der Zeit vom 28. Juli bis 14. August.
Reichmann, Chemnitz, Melanchthonstr. 13

Schreibmaschine „Mignon“
preiswert zu verkaufen.
Harry Gerstel, Wettinerstr. 1.

Holz-Treppe,
0,76 m breit, 4,00 m hoch, zu verkaufen.
Reichstraße 2.

Eiserner Etagen-Ofen
zu verkaufen. Weichstr. 5, 2 l.

Kinderwagen
zu verkaufen
Wasserstraße 8, 2.

Reichs-Notopfer
und
Reichs-Einkommensteuer
erfordern einwandfreien buchmäßigen Nachweis über Verlust u. Gewinn bei Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft! Eine, allen steuerm. Ansprüchen entsprechende Buchführung löst sich auch aus jeder bereits bestehenden herstellend durch Verbindung mit
Bücherrevisor Breitschuch Spezial-System
das Ueberflüssigste, Einfachste und Billigste auf diesem Gebiet! Keine unnötigen Schemata und Bücher, nur einf. Verarbeiten tatsächlicher Zahlen, jedem einzelnen Geschäftsbetrieb angepaßt, Zeit u. Arbeit sparend. Auf Grund zwanzigjähriger Sachkenntnis und Erfahrung ausgebildet, vielfach eingeleitet, überall beliebt und selbsthalten. Auch als Fern-Buchführung vorzuzugl. geeignet! Ausführl. Vorschläge u. näh. Angaben nur durch die
Erste Erzgebirg. Bücherrevisions- und Treuhänder-Gesellschaft Breitschuch & Tauchmann
in Aue, Schwarzenberger Str. 28. — Fernsprecher 728.

Wenn Sie mit dem Einkauf von Stoffen warten, dann schädigen Sie sich selbst, denn Tatsache ist es, daß die Preise für den Herbst wieder ansteigen. Benutzen Sie deshalb die Gelegenheiten und besten Ihren Bedarf! **Kaug-, Posen-, Konstranden- u. Winterstoffstoffe zu 2-3-er ermäßigten Preisen.**
Dresdner Sprudel
Bestes und billigstes Gießungsgetränk, hell und dunkel, à Flasche 60 l. g. Vorzugslich empfohlen. Wirkung auf Verbilligung fest Haus.
Mineralwasserfabrik Sieber,
Schwarzenberger Str. 118 (Bismarckstraße).

Herrenwäsche
zum Waschen und Plätten, sowie Kragen zum Enger- u. Niedrigermachen
nimmt an **Härtel, Ernst-Wapit-Str. 33 l**

Heu Schlachthofverwaltung Aue.
kauft und erbittet Angebote

Hausierer
für einen gangbaren, gefestigt geschliffenen Haushaltung-Artikel (Aluminium-Dübel) gesucht
Näheres bei Herrn Bädermeister
Max Martin, Auerhammer.

Erstes Versicherungsunternehmen G.
mit sämtl. Versicherungsweigen sucht Herrn, der die Vertretung für Aue und Umgeb. übernimmt. Generaldirektor weißt in den nächsten Tagen hier. Hoher Verdienst.
Ausführl. Angeb. unter Postausweis-Nr. 288 postl. Schwarzenberg, Sa.

Fabrik-Gebäude,
welches sich als Kontor- und Lagerhaus eignet, zu kaufen gesucht.
Angebote unter „N. L. 4-75“ an die Geschäftsstelle d. Bl.

Freu
eren
Ber
ler
tere
einer
lich
hatte
Krieg
W a
parte
Männ
unfer
Wirkl
ber l
figen
„nati
heit
Ungl
werf
einer
Schul
durch
alten
D
beson
den
nur
wenig
Grab
der
zige
über
kamp
Tazu
grup
Demo
Aug u
den, u
Wah
war, u
noch
Betr
Wah
Wah
Erfol
nicht
g men
häter
Partei
kännt
unber
im Wa
Wähler
rechten
leider
herl
Wenn
vertre
freunde
Wahl
um den
Preis
Beginn
„Steg
wocher
hat, be
der vor
eingef
Schrieb
die un
die „C
Wasser
dabin
hände,
tion de
daß eis